

Bundesverband der Deutschen Industrie

Der **Bundesverband der Deutschen Industrie** ist der Spitzenverband der deutschen Industrieunternehmen, der Verband der Industrieverbände. Mit den zahlreichen Unternehmen im Hintergrund und einer großen Nähe zu den Entscheidern in der Bundesrepublik übt er großen Einfluß auf die deutsche Politik aus.

BDI - Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.



Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der deutschen Gesamtindustrie

Gründungsdatum 19. Oktober 1949

Hauptsitz Haus der Deutschen Wirtschaft, Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro EU BDI/BDA The German Business

Representation, Rue du Commerce 31,
1000 Brüssel

Webadresse bdi.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	2
1.1 Allgemeines	2
1.2 Mitgliedschaften	2
1.3 Public Private Partnership (PPP)	2
2 Fallstudien und Kritik	3
2.1 2020-22: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten	3
2.2 2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	4
2.3 2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien	4
2.4 2011: BDI erhält Steuergelder	4
2.5 2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf	4
2.6 2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist	5
2.7 Lobbyisten in Ministerien	5
2.8 Bundesbeamte beim BDI	6
3 Organisationsstruktur und Personal	7
3.1 Das Präsidium	7
3.2 Der Vorstand	7
3.3 Die Hauptgeschäftsführung	8
3.4 Mitgliedsverbände	8
3.5 Landesvertretungen	8

4 Geschichte	9
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	9
6 Einzelnachweise	9

Lobbystrategien und Einfluss

Allgemeines

In seiner Selbstdarstellung heißt es: "Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen. Er repräsentiert die politischen Interessen von über 100 000 Unternehmen mit gut acht Millionen Beschäftigten gegenüber Politik und Öffentlichkeit."^[1]

Der BDI gilt als wichtigste Lobbyvertretung der Branchen, wenn es um zentrale wirtschafts- und steuerpolitische Entscheidungen geht. Aufgrund der vielschichtigen Branchen innerhalb äußert sich der BDI häufig nur zu allgemeinen Punkten der Wirtschaftspolitik. Große Unternehmen versuchen ihn gleichzeitig in eigener Sache zu beeinflussen und ihn als Lobbyisten voranzuschicken.^[2]

Ludolf von Wartenberg, früherer BDI-Hauptgeschäftsführer :

"Sobald uns unsere Leute warnen und wir merken, dass etwas Größeres entsteht, informieren wir die Mitspieler in den Unternehmen. Wir formulieren in Abstimmung mit den Unternehmen die Auswirkungen für die Wirtschaft und setzen uns mit den Spitzen der Koalition oder dem federführenden Minister in Verbindung. Manchmal kann man auf diesem Weg ganz elegant eine Rakete entschärfen. Dieser ganze Prozess findet noch außerhalb der Öffentlichkeit statt - das wäre dann erst der nächste Schritt."

Gespräch mit Ludolf von Wartenberg am 14.01.2005, zitiert in: ^[3]

Mitgliedschaften

Der BDI ist Mitglied der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Diese bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und einzelne Personen mit Abgeordneten - insbesondere Mitglieder von Bundestagsausschüssen - zusammen und ermöglicht damit die informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung.

Public Private Partnership (PPP)

Der BDI hatte einen Vertreter, Hauptgeschäftsführer [Markus Kerber](#), in der sog. [Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland](#). Diese Expertenkommission bestand 2014-2015 und hat den Zweck private Investitionen in die öffentliche Infrastruktur ([Public Private Partnership \(PPP\)](#)) zu fördern.

Fallstudien und Kritik

2020-22: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Bei der Debatte um unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten hatte der BDI sich auf vielfältige Weise gegen eine gesetzliche Regelung auf nationaler und europäischer Ebene eingesetzt.^[4]

Deutsches Lieferkettengesetz

Positionierung:

In öffentlichen Stellungnahmen kritisierte der BDI das Gesetzesvorhaben als zu weitreichend und wirtschaftsfeindlich. Insbesondere setzte der Verband sich dafür ein, die ursprünglich vorgesehene Tragweite des Gesetzes (= Ausmaß der betroffenen Unternehmen und der Grad der Verantwortlichkeit) zu begrenzen sowie Maßnahmen wie die zivilrechtliche Haftung ganz aus dem Gesetz zu streichen.^[5] Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“. ^[6] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten „*dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben*“ dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: „*Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.*“ Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „*wirkungslos*“. ^[6]

Lobbyarbeit:

Wie der Bericht „[Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#)“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen Misereor, Brot für die Welt und dem Global Policy Forum zeigt, hatte der BDI „*massiven Einfluss*“ auf den deutschen Gesetzgebungsprozess geübt. ^[7] So verschaffte sich der Verband Gehör in höchsten Regierungskreisen: bei einer Videokonferenz mit der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (4. November 2020) oder einem Telefonat mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (12.02.2021). ^[8] Laut dem Bericht erhielten Gesprächsanfragen zivilgesellschaftlicher Initiativen hingegen zumeist Absagen oder wurden auf niedrigeren Arbeitsebenen bearbeitet. ^[9] Auch die Initiative Lieferkettengesetz kritisierte, dass das Lobbybemühen des BDI maßgeblich dafür gesorgt hatte, das Niveau des deutschen Lieferkettengesetzes zu senken. ^[10]

Neben Lobbytreffen nutzte der Verband auch Pressemitteilungen und direkte Stellungnahmen um seinen Positionen Gehör zu verschaffen. Den Referentenentwurf kritisierte der Verband damals als „*dringend überarbeitungswürdig*“. ^[11] Nach Aussagen der Initiative Lieferkettengesetz mit Erfolg: Anders als zunächst von Bundesarbeitsminister Heil (SPD) und Bundesentwicklungsminister Müller (CSU) vorgesehen, galt das finale Gesetz für weniger Unternehmen und schränkte die Sorgfaltspflichten stark ein. ^[12]

Auch als das deutsche Gesetz bereits beschlossen war, versuchte der Verband seine Umsetzung zu verhindern. In einer gemeinsamen Pressemitteilung (September 2022) des BDI mit dem [BDA](#), [HDE](#) und dem [DIHK](#) forderten Deutschlands größte Wirtschaftsverbände ein Belastungsmoratorium für die deutsche Wirtschaft, was auch beinhaltete, dass beim Lieferkettengesetz Verantwortung von den Unternehmen genommen werden solle. Dasselbe Narrativ wurde bereits während des Beginns der COVID-19 Pandemie von den Wirtschaftsverbänden verwendet. Dem Argument, die Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten wurde damals von führenden Ökonomen widersprochen. ^[7]

Europäisches Lieferkettengesetz

Auch beim europäischen Lieferkettengesetz, das noch ambitioniertere Maßnahmen als sein deutsches Pendant geplant hatte, signalisierte der Verband Widerstand. In einer Pressemitteilung vom 15.12.2021 kritisierte der Verband insbesondere den Gesetzesaufschlag vom europäischen Parlament als viel zu weitreichend.^[13] Noch im Juli 2020 hatte der [Seitenwechsler](#) und BDI-Geschäftsführer [Joachim Lang](#) das deutsche Gesetz als „*nationalen Sonderweg*“ kritisiert und darauf verwiesen, dass es daher eine europäische Lösung bräuchte. Unveröffentlichte Lobbybriefe, die Misereor und Global Policy Forum vorliegen, sollen zeigen, dass das Argument schon damals nur ein Vorwand gewesen sei um ein deutsches Gesetz zu verhindern.^[9]

Dies deckt sich mit der Antwort des Verbands beim Konsultationsverfahren der EU-Kommission zu der Frage ob ein europäisches Gesetz überhaupt notwendig sei. Laut dem BDI bestand damals kein Handlungsbedarf, ihre Antwort lautete: „*no action necessary*“.^[9] Das Gesetzesvorhaben wurde dennoch weiter verfolgt. Einem Bericht von Corporate Europe Observatory zufolge, setzte sich der BDI im weiteren Gesetzgebungsverfahren mithilfe seines europäischen Dachverbandes [BusinessEurope](#) bei einem Meeting mit dem EU-Kommissar Breton für eine Begrenzung der Sorgfaltspflichten ein. Der Bericht zeigt auch, dass Europäische Dachverbände wie [BusinessEurope](#) gezielt Lobbyarbeit beim [Ausschuss für Regulierungskontrolle](#) (AfR) betrieben hatten. Sowohl die Positionen des EU-Kommissars Thierry Breton und die des AfR stehen dem Bericht zufolge denen der Wirtschaft nahe und boten somit bessere Einflussmöglichkeiten als andere Kanäle.^[14]

2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

Der BDI, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben.^[15]

2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Der BDI hat fehlerhafte Angaben auf seiner Homepage und in mehreren Publikationen zu [TTIP](#) zugegeben. Konkret hieß es auf der Homepage des BDI laut Spiegel online, „dass EU und USA jeweils mit rund 100 Mrd. Euro Wirtschaftswachstum pro Jahr rechnen können“^[16], dabei ging die CEPR-Untersuchung von einem Anstieg des europäischen BIP um ca. 0,5 Prozent in einem Zeitraum von 10 Jahren aus.

2011: BDI erhält Steuergelder

Der BDI und seine Mitgliedsverbände haben in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt 17 Mal Fördermittel des Bundes in Höhe von insgesamt 4,3 Millionen Euro erhalten. Die Angaben stammen laut „Kölner Stadt-Anzeiger“ (Samstagsausgabe) aus einer Antwort des Staatssekretärs im [Bundeswirtschaftsministerium](#), [Stefan Kapferer](#), auf eine Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Heinz-Peter Haustein.^[17]

2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf

Der damalige Bundeswirtschaftsminister [Rainer Brüderle](#) (FDP) nahm am 14. März 2011 an einer Sitzung des BDI teil. Über solch ein Treffen wird Protokoll geführt. Die Süddeutsche Zeitung gelangte an das Sitzungsprotokoll und veröffentlichte die Äußerung Brüderles, wonach er die vorübergehende Abschaltung

älterer Atomkraftwerke mit dem Wahlkampf in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz begründet hat.^[18] Die Sätze fielen an dem Tag, an dem Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) das Atommoratorium verkündete. Der Hauptgeschäftsführer des BDI, [Werner Schnappauf](#), ist daraufhin zurückgetreten. Oppositionspolitiker Trittin meinte dazu: "Nun opfert der BDI für seinen Kumpel Rainer Brüderle den Hauptgeschäftsführer."^[19]

2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Der ehemalige Bundesumweltminister Norbert Röttgen ließ sich im Mai 2006 für das BDI-Amt des Hauptgeschäftsführers, des Cheflobbyisten der deutschen Industrie, nominieren. Bundestagsabgeordneter wollte er parallel dazu bleiben. In einem Schreiben an die CDU-Mitglieder seines Wahlkreises Rhein-Sieg kündigte er an, er werde sein Mandat "selbstverständlich bis zum Ende dieser Wahlperiode weiterführen". Nach heftiger Kritik an seiner geplanten Doppelfunktion, auch aus den Reihen des Industrieverbandes, hatte Röttgen auf den BDI-Posten verzichtet.^[20]

Lobbyisten in Ministerien

Der BDI hatte je einen "externen Mitarbeiter" im Außen- und Wirtschaftsministerium, wobei der Lobbyist im Außenministerium offiziell noch bis zum 30.09.2011 bei der Außenwirtschaftsförderung mitarbeitet. Seit September 2010 ist im Rahmen eines Austauschprogrammes ein Referent des BDI im Entwicklungsministerium tätig.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 ^[21]
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	k.A.
Zeitraum	Mindestens von 2003 bis April 2008 ^[22]
Mitarbeiter	Bis 2004 von der Bayer AG; 2004 bis 2006 Siemens AG; Ab 2007 VW AG.
Bearbeitete Themen	Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Peking.
Zeitraum	Mindestens von 2003 bis April 2008 ^[23]
Mitarbeiter	Bis 2005 Deutschen Telekom AG; 2005 bis 2006 Deutsche Bank AG; Ab 2007 Lufthansa AG.
Bearbeitete Themen	Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Tokio.
Zeitraum	01.10.2009 bis 30.09.2011 ^[24]

Mitarbeiter	Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im BDI
Bearbeitete Themen	Referat 402 (Instrumente der Außenwirtschaftsförderung, Verbände, Kammern, Bundesagentur für Außenwirtschaft, Messen), Investitionsgarantien, Außenwirtschaftsförderung, Öffentlichkeitsarbeit
Zeitraum	01.10.2011 bis 30.09.2013 ^{[25][26]}
Mitarbeiter	Referent in der Abteilung Umwelt und Technik im BDI
Bearbeitete Themen	Investitionsgarantien, Organisation von Projekten der Außenwirtschaftsförderung und der strukturellen Verbesserung der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden

Im Zuge eines **Austauschprogrammes** waren Beamte des Auswärtigen Amtes beim BDI beschäftigt.

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	01.01.2008 – 31.03.2008 ^[27]
Mitarbeiter	Mitarbeiter/in im Bereich Nationales Vergaberecht
Bearbeitete Themen	Einsatz im Bereich Wettbewerbs-, Regulierungs- und Privatisierungspolitik, Tätigkeit im Bereich Wettbewerbsrecht

Lobbyisten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Zeitraum	15.09.2010 - 14.09.2012 ^{[28][26]}
Mitarbeiter	Teilnehmer des Austauschprogramms zwischen BMZ und BDI (s.u.) Einsatz im Referat 414 (OECD/DAC, G7/G8/G20; Zusammenarbeit mit anderen Gebern; ODA-Statistik) Mitarbeit im Bereich „G8/G20 und andere Geber“,
Bearbeitete Themen	Unterstützung bei Erstellung von BMZ-Positionen ^[29] Auf eine kleine Anfrage der Linken wurde letzteres abgeschwächt auf "Er unterstützt [...] vorwiegend dabei, die Erstellung des diesjährigen G8 Accountability-Berichts innerhalb des BMZ zu koordinieren und die Sitzungen der G20 Arbeitsgruppe Entwicklung vorzubereiten" ^[28]
Zeitraum	April 2011 - voraussichtlich März 2013 ^[30]
Mitarbeiter	Ein sogenannter Austauschreferent vom BDI Der Mitarbeiter des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Ralf Retter ist laut einer Veranstaltungsankündigung vom April 2011 als BMZ-Referent für die Vorbereitung von G-8-, G-20- und Sherpa-Treffen verantwortlich. Bei drei Sitzungen der G-8-Arbeitsgruppe Rechenschaftslegung vertrat der BDI-Mitarbeiter sogar eigenständig einen Referatsleiter des BMZ. Beim Ministerium heißt es, der BDI-Mitarbeiter treffe "keine eigenständigen Entscheidungen" und unterstütze "lediglich die Arbeit der Fachreferenten des BMZ".
Bearbeitete Themen	

Bundesbeamte beim BDI

Ein Mitarbeiter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde mindestens für den Zeitraum von Juni 2006 bis Oktober 2007^[31], und von September 2010 bis September 2012 dem BDI zugewiesen.^[32]

Organisationsstruktur und Personal

Das Präsidium

Name

Präsident des BDI

Dieter Kempf Bitkom, ehem. Präsident

9 Vizepräsidenten

Thomas Bauer Bauer AG, Vorsitzender des Vorstands

Kurt Bock BASF SE, Vorsitzender des Vorstandes

Thorsten Dirks Bitkom, Präsident

Reinhold Festge Haver & Boeker oHG, persönlich haftender Gesellschafter

Ulrich Grillo BDI-Präsident 2013-2016

Heinrich Hiesinger thyssenkrupp AG, Vorsitzender des Vorstands

Ingeborg Schatzmeisterin BDI, Peppermint Holding GmbH, Geschäftsf.

Neumann Gesellschafterin

Matthias Wissmann

- [Verband der Automobilindustrie \(VDA\)](#), Präsident
- [CDU](#), ehem. Bundesverkehrsminister

Michael Ziesemer Endress+Hauser AG, Vizepräsident Verwaltungsrat

45 Präsidialmitglieder, u.a.

Thomas Enders EADS, Chief Executive Officer

Claus Günther Diehl Defence GmbH & Co.KG, Sprecher der Geschäftsführung

Mattias Hartung RWE Generation SE und RWE Power AG, Vorsitzender des Vorstands

Timotheus Höttges Deutsche Telekom AG, Vorsitzender des Vorstands

Arend Oetker Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG, Geschäftsführender Gesellschafter

Axel Stepken TÜV Süd AG, Vorsitzender des Vorstands

Johannes Teyssen E.ON, Vorsitzender des Vorstands

Dieter Zetsche Daimler AG, Vorsitzender des Vorstands

u.a.

Stand: Juni 2017^[33]

- frühere BDI-Präsidenten: Ulrich Grillo, **Hans-Peter Keitel**, Jürgen Thumann, Michael Rogowski, **Hans-Olaf Henkel**, Heinrich Weiss, Tyll Necker, **Randolf Rodenstock**, Hanns-Martin Schleyer
- Es existiert ein "gemeinsames Präsidium" von BDA und BDI. Durch gemeinsames Auftreten national und auf EU-Ebene wollen sie "die Schlagkraft" ihrer Interessenvertretung stärken.^[34]

Der Vorstand

Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten sowie den Vorsitzenden der Mitgliedsverbände bzw. einem beauftragten Vorstandsmitglied ihres Verbandes.

Die Hauptgeschäftsführung

Der Hauptgeschäftsführer ist der Chef-Lobbyist des Verbandes.

Funktion	Name	
Hauptgeschäftsführer	Joachim Lang	ehem. Cheflobbyist von E.ON , davor Mitarbeiter des Bundeskanzleramts
Stellv.	Holger	
Hauptgeschäftsführer	Lösch	

Quelle zur Organisationsstruktur: ^[35], (Stand Juni 2017)

Mitgliedsverbände

Der BDI hat 38 Branchenverbände als Mitglieder:

- Agv MoVe | BBS | BDG | BDLI | BDSV | BITKOM | Börsenverein des Deutschen Buchhandels | BPI | BTW | BDE | Bundesverband Glasindustrie | Bundesverband Schmuck, Uhren, Silberwaren und verwandte Industrien | BVE | BVKI | DZV | Flughafenverband ADV | Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie | HDB | MWV | SET | VBI | [VCI](#) | VDA | [VDAI](#) | VDDI | VDMA | VDP | VdTÜV | VdV | Verband der Deutschen Lederindustrie | Verband für Schiffbau und Meerestechnik | Verein der Zuckerindustrie | [vfa](#) | VKS | VRB | WEG | Wirtschaftsvereinigung Stahl | WSM | WVK | WVM | [ZIA](#) | ZVEI

(Stand: Juli 2011) Quelle: ^[36]

Landesvertretungen

- Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie
- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw)
- Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg (UVB)
- Die Unternehmensverbände im Lande Bremen
- IVH - INDUSTRIEVERBAND HAMBURG
- Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU)
- Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern (VUMV)
- Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN)
- Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen (unternehmer nrw)
- Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU)
- Vereinigung der Saarländischen Unternehmensverbände (VSU)
- Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW)
- Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt (AWSA)
- UV Nord - Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein
- Verband der Wirtschaft Thüringens (VWT)

Quelle: ^[37]

Geschichte

Der BDI wurde am 19. Oktober 1949 als »Ausschuss für Wirtschaftsfragen der industriellen Verbände « gegründet, eine Woche nach der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Vorbild war der » Reichsverband der deutschen Industrie«, der von 1919 bis 1933 existiert hatte. Ende Januar 1950 erfolgte die Umbenennung in »Bundesverband der Deutschen Industrie«.^[38] Es gab schon mehrfach Bestrebungen, den Verband mit der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände \(BDA\)](#) zu vereinigen, die aber trotz der großen räumlichen sowie ideologischen Nähe bislang immer scheiterten.^[39] In einem internen Strategiepapier aus dem Jahr 2015, das das "Manager Magazin" auszugsweise zitierte, hieß es dazu, dass die getrennte Aufstellung der zwei Spitzenverbände BDA und BDI "nicht mehr zukunftsfähig" sei und den Anforderungen an Lobbying auf EU-Ebene nicht genüge, da sie in den europäischen Institutionen niemand verstünde.^[40]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [BDI-Webseite](#) abgerufen am 19.07.2011
2. ↑ Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 173f
3. ↑ Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 175
4. ↑ Beim Lieferkettengesetz, geht es darum Unternehmen zu verpflichten entlang ihrer Wertschöpfungskette Maßnahmen zu ergreifen die Einhaltung von Umweltschutzstandards und Menschenrechten zu wahren
5. ↑ [Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, BDA und DIHK anlässlich der Diskussion um ein nationales Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 03.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
6. ↑ ^{6,06,1} [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
7. ↑ ^{7,07,1} [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
8. ↑ [Drucksache 19/28193](#) S. 52, dserver.bundestag.de, abgerufen am 07.11.2022
9. ↑ ^{9,09,19,2} [Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz](#), Global Policy Forum & Misereor, February 2022. globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
10. ↑ [Wirtschaftslobby kämpft gegen wirksames europäisches Lieferkettengesetz](#) lieferkettengesetz.de vom 21.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
11. ↑ [Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten](#) bdi.eu vom 28.02.2021, abgerufen am 07.11.2022

12. ↑ ["Noch nicht am Ziel, aber endlich am Start" – Kommentar zum Beschluss des Lieferkettengesetzes vom 11.06.2021](#), abgerufen am 07.11.2022
13. ↑ [Auf dem Weg zu einem europäischen Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 15.12.2021. abgerufen am 07.11.2022
14. ↑ [Inside Job](#) corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 07.11.2022
15. ↑ [Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen!](#) Pressemitteilung der DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 18.12.2015
16. ↑ [Freihandelsabkommen: Industrieverband räumt falsche Angaben über TTIP ein](#) Spiegel Online, abgerufen am 13.04.2015
17. ↑ [BDI erhält Millionen Fördermittel des Bundes](#) euronews.net vom 16.07.2011, abgerufen am 20.07.2011
18. ↑ ["...und die Entscheidungen daher nicht immer rational"](#) sueddeutsche.de vom 24.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
19. ↑ [Bauernopfer für Brüderle](#) taz vom 26.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
20. ↑ [Röttgen soll Fraktionsgeschäftsführer bleiben](#) Spiegel-Online vom 22.07.2006, abgerufen am 20.07.2011
21. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien"
22. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf schriftliche Fragen (Nr. 1, 8, 11, 28) von Gesine Löttsch (Die LINKE) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011
23. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf schriftliche Fragen (Nr. 1, 8, 11, 28) von Gesine Löttsch (Die LINKE) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011
24. ↑ Bundesministerium des Innern: Vierter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2009 – 31. Dezember 2009, Stand 31.03.2010
25. ↑ [Achter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2011 – 31. Dezember 2011](#) Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012
26. ↑ ^{26,026,1} [Neunter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Januar 2012 – 31. Juni 2012](#) Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012
27. ↑ Bundesministerium des Innern: [Erster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung \(pdf\)](#), Berichtszeitraum 01. Januar 2008 – 31. August 2008, Stand 29.09.2008, letzter Zugriff 09.09.2011
28. ↑ ^{28,028,1} [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011
29. ↑ Bundesministerium des Inneren: Sechster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01.07.2010- 31.12.2010, Stand: 21.03.2011
30. ↑ [\[1\] BDI-Lobbyist vertritt Regierung auf G-8-Planungstreffen](#). Letzter Zugriff: 25.04.2012
31. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
32. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011
33. ↑ [Webseite BDI - Präsidium](#) abgerufen am 18.05.2017
34. ↑ [BDA und BDI bekommen gemeinsames Präsidium](#) DIE WELT vom 03.11.2006, abgerufen am 26.11.2013
35. ↑ [BDI-Webseite](#) abgerufen am 19.06.2017

36. ↑ [BDI-Webseite Übersicht Mitgliedsverbände](#) abgerufen am 19.07.2011
37. ↑ [BDI-Webseite](#) abgerufen am 20.07.2011
38. ↑ [BDI-Webseite 60 Jahre BDI](#) abgerufen am 20.07.2011
39. ↑ [Fusion der Spitzenverbände: BDI und BDA Angst vor der eigenen Courage](#), Der Tagesspiegel, 28. August 2016, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
40. ↑ "Nicht zukunftsfähig". BDI - Eine Fusion mit der BDA scheitert, Geschäftsführer Kerber ist auf dem Absprung.", Manager Magazin, Ausgabe vom September 2016, Seite 8